Tischvorlage

zu einem neu aufzunehmenden Punkt für die öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung (Gemeinde Osterrörfeld) am Donnerstag, 15. Dezember 2016

Beratung und Beschlussfassung über die weitere Vorgehensweise zum Lärmschutz an der B202

1. Darstellung des Sachverhaltes:

Aus der Kostenberechnung der Ausführungsplanung, die der LBV-SH der Gemeinde vorgelegt hat, ergab sich ein Anstieg der Kosten. Daraufhin haben sich die zuständigen Gremien der Gemeinde und eine Arbeitsgruppe „Lärmschutz“ intensiv mit dem Thema beschäftigt. Zur weiteren Begleitung wurde das Ing.-Büro Urban beauftragt, die bisherigen Planungen auf der Grundlage des Planfeststellungsbeschlusses zu optimieren. Im Ergebnis ergibt sich ein Optimierungspotential in Höhe von rd. 400.000,00 €.

Die Unterlagen wurden der Planfeststellungsbehörde (PF-Behörde) vorgelegt. Eine intensive Prüfung hat ergeben, dass die vorgelegten Änderungen die Voraussetzung für die Planänderung von unwesentlicher Bedeutung erfüllen.

In der weiteren Beurteilung ging es um die Frage, wer von den Betroffenen in seinen Belangen so berührt ist, dass eine Zustimmung zu den vorgelegten Planänderungen erforderlich wird. Hierzu ergab sich ein reger Austausch.

Mit Schreiben vom 13.12.2016 teilt die Planfeststellungsbehörde nunmehr mit, dass es im vorliegenden Fall sachgerecht und zweckmäßig ist, von den Verfahrenserleichterungen des § 143 (3) LVwG weitestgehend Gebrauch zu machen, weil die jetzt vorliegenden Änderungen nur für wenige Personen spürbare negative Änderungen gegenüber der im Jahre 2015 planfestgestellten Ausgestaltung bedeuten werden. Rechtlich betroffen sind daher diejenigen, die Anspruch auf Schutzvorkehrungen gehabt hätten, wenn die jetzige Planung gleich bei Antragsstellung vorgelegt worden wäre und bei denen Änderungen eintreten. Da Lärmauswirkungen unterhalb der 16. BImSchV keine anspruchsbegründeten Beeinträchtigungen auslösen, kann aus Sicht der PF-Behörde der Kreis der Betroffenen auf diejenigen beschränkt werden, an deren Wohngebäuden in den betroffenen Bereichen ein Anspruch auf passiven Lärmschutz besteht (6 Grundstücke). Die danach vorzunehmenden Anhörungen sind individuell bei jedem Betroffenen so vorzunehmen, dass ihm die vorgesehene Planung und seine dadurch mögliche Betroffenheit klar werden kann und er Gelegenheit zu einer Reaktion gegenüber der PF-Behörde erhält.

Der Zeitrahmen für die Durchführung eines Verfahrens nach § 143 (3) LVwG wird von der PF-Behörde unter der Voraussetzung, dass aus dem Rückläufern des Beteiligungsverfahrens kein unvorhergesehener Bearbeitungsbedarf ergibt, auf ca. 4 Wochen zuzüglich der Beteiligungsfristen geschätzt.

2. Finanzielle Auswirkungen:

Siehe oben.

3. Beschlussvorschlag:

Im Rahmen der von der Gemeinde angestrebten Änderung ihres planfestgestellten Beitrages zu dem Lärmschutzkonzept an der B202 sollen die unwesentlichen Änderungen der Planung in einem mit der Planfeststellungsbehörde abgestimmten Verfahren durchgeführt werden. Als Grundlage dienen die Planentwürfe des Ing.-Büros Urban, die fraktionsübergreifend abgestimmt wurden. Der Bürgermeister wird beauftragt, alle erforderlichen Schritte hierfür durchzuführen.

Im Auftrage

gez.
Torsten Eickstädt